GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1967	Berlin, den 18. Dezember 1967	Teil I Nr. 18

Tag	Inhalt	Seite
15. 12. 67	**Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1968**	137
15. 12. 67	**Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1968**	153

Gesetz
über den Volkswirtschaftsplan 1968

vom 15. Dezember 1967

Der Volkswirtsehaftsplan 1968 geht von der auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossenen Aufgabe aus, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu gestalten. Der Zeitraum seiner Verwirklichung ist durch die vom Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, begründete und von der Volkskammer beschlossene bedeutende historische Aufgabe der Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik als dem Grundgesetz für eine deutsche Politik des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft geprägt.

Die bewußte Gestaltung der sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik durch das werktätige Volk unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei ist untrennbar mit der weiteren Entfaltung der schöpferischen Arbeit zur Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1968 verbunden.

Auf der Grundlage der Erkenntnisse vorliegender Prognosen sowie des Gesetzes vom 26. Mai 1967 über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik bis 1970 (GBl. I S. 65) wird mit dem Volkswirtschaftsplan 1968 der Rahmen zur weiteren Gestaltung der Struktur der Volkswirtschaft und der weiteren Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus festgelegt, um die rasch wachsenden wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse mit hoher Effektivität zu nutzen.

Mit der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1968 wird die Deutsche Demokratische Republik politisch, ökonomisch, kulturell und militärisch weiter gestärkt und gefestigt sowie der Lebensstandard der Bevölkerung erhöht. Das ist mitentscheidend für die Klassenauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus, ein wichtiger Faktor der europäischen Sicherheit und liegt im Interesse aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.